

Die EU schützt die Meinungs- und Versammlungsfreiheit...



Bildschirmaufnahme der Seite auf der Website des EU-Parlaments (Hervorhebung in Rot: Pako)

Auf EU-Ebene gehört BDS zu den legitimen politischen Initiativen, die durch das Recht auf freie Meinungsäußerung gedeckt sind.

Dies hat **Federica Mogherini**, Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, im Jahr 2016 explizit auf zwei Fragen* an die EU-Kommission bestätigt:

„Die EU schützt die Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Übereinstimmung mit der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, die auf dem Gebiet aller EU-Mitgliedsstaaten anwendbar ist, auch im Hinblick auf BDS-Maßnahmen die in diesem Gebiet durchgeführt werden...“**

***Die beiden Fragen lauteten (siehe auch Seite 2):**

1. Wie bewertet die Kommission die Erklärung des israelischen Geheimdienstministers Yisrael Katz, dass gezielte zivile Eliminierungen gegen palästinensische und internationale Führer der BDS-Bewegung durchgeführt werden sollten, die auf einer Anti-BDS-Konferenz am 28. März 2016 in Jerusalem abgegeben wurde, an der auch der EU-Vertreter in Israel teilnahm?
2. Wird sich die Kommission verpflichten, das Recht der BDS-Aktivisten auf Ausübung ihrer demokratischen Meinungsfreiheit zu verteidigen?

**Seuoparl.europa.eu/sides/getAllAnswers.do?reference=E-2016-005122&language=EN

Quelle: europa.eu/doceo/document/E-8-2016-005122-ASW_EN.html?redirect

Weitere Informationen auf Seite 2:

EU-Parlament: Frage an die EU-Kommission, bezüglich des Schutzes der Meinungsfreiheit für BDS-Aktivisten, 24.06.16

EU-Parlament: Frage an die EU-Kommission, bezüglich des Schutzes der Meinungsfreiheit für BDS-Aktivisten, 24.06.16

**Frage zur schriftlichen Beantwortung E-005122/2016 an die Kommission
Regel 130, Martina Anderson (GUE/NGL)**

Betreff: Boykott-, Desinvestitions- und Sanktionsbewegung (BDS) Bewegung und Meinungsfreiheit

Da einige Mitgliedstaaten die Boykott-, Desinvestitions- und Sanktionsbewegung (BDS) kriminalisieren wollen, haben kürzlich mehr als 350 europäische zivilgesellschaftliche Organisationen eine Erklärung abgegeben, in der sie die Notwendigkeit betonen, dass die EU das Recht auf freie Meinungsäußerung für BDS-Aktivisten schützen muss.

Amnesty International hat unlängst erklärt, dass sie sich um die Sicherheit und Freiheit des palästinensischen Menschenrechtsaktivisten Omar Barghouti und anderer BDS-Aktivisten Sorgen macht, nachdem kürzlich Drohungen gegen BDS-Aktivisten ausgesprochen wurden.

Die Internationale Föderation für Menschenrechte (FIDH) hat vor kurzem erklärt, dass sie „formell das Recht des Einzelnen auf friedliche Teilnahme an Boykott-, Desinvestitions- und Sanktionsmaßnahmen (BDS), um gegen die Besatzungs- und Diskriminierungspolitik der israelischen Regierung zu protestieren, anerkennt und bekräftigt und fordert die Staaten nachdrücklich auf, die damit verbundenen Rechte der Meinungs-, und Versammlungsfreiheit zu respektieren und zu wahren“.

1. Wie bewertet die Kommission die Erklärung des israelischen Geheimdienstministers Yisrael Katz, dass „gezielte zivile Eliminierungen“ gegen palästinensische und internationale Führer der BDS-Bewegung durchgeführt werden sollten, die auf einer Anti-BDS-Konferenz am 28. März 2016 in Jerusalem abgegeben wurde, an der auch der EU-Vertreter in Israel teilnahm?
2. Wird sich die Kommission verpflichten, das Recht der BDS-Aktivisten auf Ausübung ihrer demokratischen Meinungsfreiheit zu verteidigen?

Übersetzung: Pako

Englisches Original auf der Website des EU-Parlaments:

**Question for written answer E-005122/2016 to the Commission
Rule 130, Martina Anderson (GUE/NGL)**

Subject: Boycott, divestment and sanctions (BDS) movement and freedom of expression

As some Member States move to criminalise the boycott, divestment and sanctions (BDS) movement, more than 350 European civil society organisations recently released a statement regarding the need for the EU to protect the right to freedom of expression for BDS activists.

Amnesty International has recently declared it ‘is concerned for the safety and liberty of Palestinian human rights defender Omar Barghouti, and other BDS activists’, following recent threats made against BDS activists.

The International Federation for Human Rights (FIDH) recently stated that it ‘formally recognizes and reaffirms the right of individuals to peacefully participate in and call for boycott, divestment, and sanction (BDS) measures to protest against the Israeli government occupation and discrimination policies, and urges States to respect and uphold related rights of freedom of expression, opinion, association, and assembly’.

1. How does the Commission assess the statement – made at an anti-BDS conference in Jerusalem on 28 March 2016 attended by the EU representative in Israel – of Israeli Minister of Intelligence Yisrael Katz that ‘targeted civil eliminations’ should be carried out against Palestinian and international leaders of the BDS movement?
2. Will the Commission commit to defending BDS activists’ right to exercise their democratic freedom of expression?

Quelle: europarl.europa.eu/doceo/document/E-8-2016-005122-ASW_EN.html#def1